

1933: "Lüneburg ehrt Hindenburg, Hitler und das Andenken Horst Wessels" ( Lüneburgschen Anzeigen v. 8. April 1933 ) Aus der Gartenstraße wird die Hindenburgstraße.

1947: Aufgrund des Gesetzes Nr.8 des Alliierten Kontrollrats ( Ausmerzung des deutschen Militarismus ) wird die Hindenburgstraße wieder in Gartenstraße umbenannt.

1952: CDU und "Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" huldigen wieder dem "Ostpreußenbefreier" Hindenburg. Der Rat der Stadt beschließt: Aus der Gartenstraße wird wie 1933 wieder die Hindenburgstraße.

SCHLUß MIT DEM MILITARISMUS !!!

Wir fordern die Umbenennung der Hindenburgstraße !





Liebe Leserin, lieber Leser,  
 in den letzten Monaten stand kaum ein  
 anderes Thema so sehr im Mittelpunkt  
 des öffentlichen kommunalpolitischen  
 Interesses wie die Namensgebung für das  
 Areal und die geplanten Straßenzüge auf  
 dem Gebiet der abzuwickelnden  
 Schlieffenkaserne. Vor allem der Plan,  
 diesem künftigen Wohngebiet den Namen  
 „Schlieffenpark“ zu geben, löste einen  
 heftigen Widerspruch in der Lüneburger  
 Bevölkerung aus. Dass sich ein heutiges  
 demokratisches Gemeinwesen in die  
 Tradition des deutschen Faschismus  
 begibt ( die Kaserne wurde 1938 durch  
 die Nazi- Wehrmacht nach Schlieffen  
 benannt ) wurde allenthalben mit heftigem  
 Kopfschütteln quittiert. Der Ausgang  
 dieses Disputs per Ratsbeschluss ist  
 bekannt: Das künftige Baugebiet wird  
 „Schlieffenpark“ benannt werden – als  
 Arbeitstitel.

Die Chance, Lüneburg als  
 antimilitaristische und antifaschistische  
 Stadt zu profilieren und damit auch ein  
 klares politisches Signal gegen den  
 gegenwärtigen Neofaschismus und die  
 Kriegstreiberei zu setzen blieb ebenso  
 vertan wie etwa die dem Rat der Stadt  
 vorgeschlagene Benennung der auf  
 diesem Areal geplanten Straßen nach NS-  
 Widerständlern und Nazi- Verfolgten. Statt  
 nach Heinz Hamburger, Helene  
 Schenkluhn und Franz Holländer werden  
 diese Straßen nun nach örtlichen  
 Persönlichkeiten benannt, die sich „ um  
 die Stadt verdient gemacht haben“.

Ein im Rahmen dieser Debatte um Symbolik und Erinnerungskultur im Stadtbild auf der  
 Sitzung des Kulturausschusses vom 2. März d.J. gestellter Antrag, die nach Carl Peters und  
 Hindenburg benannten Straßen umzubenennen wurde zwar abgelehnt, bleibt aber auf der  
 politischen Agenda: Das Stadtarchiv erhielt den Auftrag, diese ( und weitere ) Straßennamen  
 zu überprüfen (LZ v.3.3.06).

Einen kleinen Beitrag „zur Überprüfung“ möchten wir durch diese unveränderte Neuauflage  
 unserer Broschüre aus dem Jahre 1987 leisten. Es steht gleichsam als Dokument  
 jahrzehntelanger Bemühungen unserer antifaschistischen Organisation nach demokratischen  
 Lebensverhältnissen in der Stadt und soll heute erneut zur Information dienen. Wir wünschen  
 uns eine weitere rege Debatte über faschistische und militaristische Traditionen und  
 Strukturen in Lüneburg.

Zwar ist unsere Forderung aus dem Jahre 1987 nach Umbenennung der Hindenburgstraße in  
 Carl-von-Ossietsky-Straße insofern obsolet, weil zwischenzeitlich im Süden der Stadt eine  
 recht kurze Straße ( die im übrigen einen riesigen Parkplatz umsäumt ) nach diesem  
 Antifaschisten benannt wurde, aber wie wäre es mit Rosa Luxemburg?

Lüneburg, März 2006



## VVN-Bund der Antifaschisten

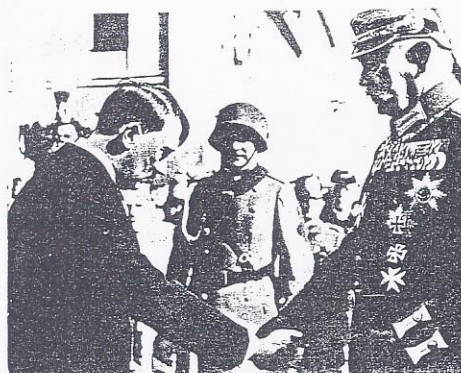
- Kreisvereinigung Lüneburg -

Postfach 1711

2120 Lüneburg

Lüneburger Straßen...

Hindenburgstraße



Hindenburg und Hitler am „Tag von Potsdam“ (21. März 1933) vor der Garnisonkirche

... nach den Wegbereitern  
 des Faschismus benannt...

... oder nach den Kämpfern  
 gegen den Faschismus ?

Wir fordern die  
 Umbenennung der  
 Hindenburgstraße in  
 Carl-von-Ossietsky-Straße.



Ossietsky war einer der 25.000 Personen, die allein in Preußen im März/April 1933 verhaftet wurden und in Konzentrationslagern kamen



Liebe Leserin ! Lieber Leser !

Historische personenbezogene Straßen- und Gebäudenamen wollen zurecht an hervorragende Persönlichkeiten erinnern, ihre geschichtliche Bedeutung würdigen und auch auf ihr vorbildhaftes Wirken aufmerksam machen. Diese Straßen- und Gebäudenamen werden sodann zumeist Teil einer politischen "Alltagskultur", werden Begriffe, die durch den notwendigen Gebrauch in die Alltagssprache eingehen. Zugleich symbolisieren diese Namen aber auch den "Zeitgeist" ihres Benennungsdatums, sie stehen stellvertretend für die politischen Absichten ihrer Benenner.

Genauso verhält es sich auch mit der Be- und Umbenennung der Hindenburgstraße. Hindenburg - dieser Name stand für die Benenner im Rat der Stadt Lüneburg - ob Nazis (1933) oder Rechtskonservative (1952) - für den "Befreier des Ostens", für den "Wegbereiter der nationalen Erhebung", für den "großen Deutschen". Es ist der Geist des Militarismus und Krieges, des Revanchismus und des deutschen Faschismus, der über die Figur Hindenburgs in die Köpfe der Lüneburger/-innen eingepflegt werden sollte.

Dieser Geist hat in der heutigen Zeit keinen Platz mehr. In einer Zeit, in der die Frage des friedlichen Miteinanders der Staaten zu einer Überlebensfrage für die Menschheit geworden ist, in der die Vorbereitung eines Krieges verfassungswidrig ist, in der der deutsche Militarismus ein für alle mal verspielt haben soll, kann es keine positive Würdigung eines Mannes wie Hindenburg mehr geben. Heute wissen wir, welche unheilvolle Rolle jene Kräfte um Hindenburg, die erzreaktionäre Junkerschaft und die militaristischen Kreise im Verbund mit der Hochfinanz und Großindustrie in der Weimarer Republik - bis hin zur schließlichen Übertragung der Macht an den Faschismus - gespielt haben.

Aus der Geschichte lernen - das heißt für uns: Weg mit dem Geist von gestern! Keine Ehrung und positive Würdigung derart unheilvoller Figuren wie Hindenburg, ob in den Schulbüchern oder durch Straßennamen!

Aus der Geschichte lernen - das kann nur bedeuten, jene Frauen und Männer zu würdigen, die in ihrem Wirken -in ihrer Zeit- symbolisch für die Werte "Demokratie, Frieden und Humanität" stehen. Wir stellen deshalb dem Militaristen Hindenburg den Antimilitaristen Carl von Ossietzky gegenüber und fordern die Umbenennung der Hindenburgstraße in Carl - von - Ossietzky - Straße !

Der Name "Ossietszky" steht stellvertretend für das andere Deutschland, für jene Menschen, die den Kampf gegen die konstante Mißachtung der Weimarer Verfassung aufnahmen. Ossietszky rief als parteiloser Publizist die demokratischen Kräfte immer wieder zum gemeinsamen rechtzeitigen Handeln gegen jene auf, die dem Faschismus den Weg ebneten - wie eben Hindenburg.

Als Hindenburg sich anschickte, die Nazis regierungsfähig zu machen, wurde Ossietszky wegen seiner antimilitaristischen Haltung ins Gefängnis geworfen. Ein Gnadengesuch für Ossietszky wurde von Hindenburg abgelehnt.

Hindenburg starb eines natürlichen Todes, wurde von den Nazis mit "Pomp und Gloria" beerdigt. Ossietszky wurde zur selben Zeit von den Nazis im KZ Papenburg- Esterwegen gefangengehalten und drangsaliert. Er starb an den Folgen der KZ- Haft.

Diese Broschüre zeigt durch Dokumente, Daten und kurze Aufsätze die wechselvolle Geschichte der Namensgebung der Hindenburgstraße auf. Sie zeigt, welche politischen Absichten die Nazis 1933 und die Rechtskonservativen 1952 mit der Namensgebung verbanden, gibt einen kurzen Überblick über den politisch- militaristischen Werdegang Hindenburgs und stellt dem eine kurze Schilderung des publizistisch-politischen Wirkens Carl von Ossietszky gegenüber.

Mehrere Versuche der letzten Jahre, die Zurückbenennung der Hindenburgstraße in Gartenstraße zu bewirken, wurden von den politisch Verantwortlichen der Stadt nicht aufgegriffen. Wir hoffen jetzt mit der Vorlage dieser Materialsammlung stärker als bisher zum Überlegen und Nachdenken anzuregen über beide Seiten deutscher Geschichte, über die Seite des Faschismus/Militarismus und die des Antifaschismus/Antimilitarismus. Und zum Handeln aufzufordern: Die Umbenennung der Hindenburgstraße in Carl-von-Ossietszky-Straße ist unser Ziel.

Lüneburg, April 1987



Die Geschichte der Namensgebung Gartenstraße/  
Hindenburgstraße

Bis zum Jahrhundertbeginn hinein war der Lüneburger Ortsteil Kreideberg noch nicht bebaut. Hier befanden sich Felder, Wiesen und Schrebergärten. Als dann zunächst die erste Straße gebaut wurde, benannte man sie in "Gartenstraße".

Kaum aber waren in Lüneburg die Nazis im Verein mit der reaktionären "Kampffront Schwarz-weiß-rot" an der Macht, führten sie durch Umbenennungen neue Straßennamen ein, um ein faschistisches Zeichen zu setzen - Botschaften des dann folgenden staatlichen Terrors und Grauens: Straßen, die nach jüdischen Bürgern benannt waren (Marcus-Heine-Heinemann-Straße) bekamen Namen von Nazis (Schlageterstraße), aus der Lindenstraße wurde die Adolf-Hitler-Straße u.a.m.. Die Gartenstraße erhielt den Namen eines der größten deutschen Militaristen, der bereits im I. Weltkrieg hunderttausende Soldaten auf die Schlachtbank geführt hatte für "Volk, Vaterland und Kaiser Wilhelm", Hindenburg. Dieser Wegbereiter des Faschismus war zudem auch durch verwandtschaftliche Beziehungen mit Lüneburgs herrschenden Kreisen verbunden (Hindenburgs zweite Tochter Annemarie heiratete hier standesgemäß den Rittmeister von Pentz und wohnte im Lüner Weg). "Lüneburg ehrt Hindenburg, Hitler und das Andenken Horst Wessels" mußte man am 8. April 1933 im Lüneburgschen Anzeiger lesen. Diese Straßenumbenennung war der Dank der Lüneburger Nazis und deren Mitläufer dafür, daß Hindenburg auf Drängen führender Kreise der Hochfinanz, Großindustrie und des Junkertums Hitler zum Reichskanzler gemacht hatte.



1945 allerdings, zu einer Zeit, als mit den Erfahrungen aus Faschismus und Krieg ein demokratischer Neubeginn auf der Tagesordnung stand, als sämtliche militaristische und faschistische Äußerungsformen geächtet wurden und dieses auch per Rechtsvorschrift der Alliierten durchgesetzt wurde, verschwand dieser Straßename als Relikt der faschistischen Vergangenheit wieder aus dem Stadtbild Lüneburgs. 1947 wurde aus der Hindenburgstraße wieder die Gartenstraße. Aber schon damals konnten es Vertreter der örtlichen CDU nicht verkraften, daß der deutsche Militarismus und Faschismus ein für alle Mal von der Bildfläche verschwinden sollte. Nur dem Zwang der Alliierten Gesetzgebung ist es zu verdanken, daß sich u.a. Ratsherr Dieckmann, CDU, ("Hindenburg hat sich unvergeßliche Verdienste um das deutsche Volk erworben") nicht durchsetzen konnte.

Doch das änderte sich rasch. Sehr bald hatten sich wieder diejenigen formiert, die auch schon im Faschismus Rang und Namen hatten: Kriegsverbrecher wie Krupp, Flick u.a. wurden vorzeitig aus der Haft entlassen, Alt-Nazis besetzten wieder höchste Ämter in Verwaltung und Politik, der Antikommunismus wurde wieder zur Staatsdoktrin erklärt.

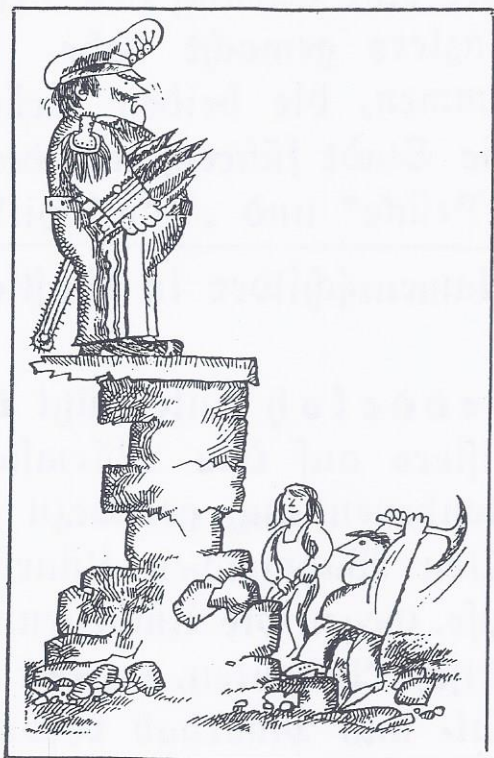
Und in Lüneburg bildete sich mit dem "Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten" (BHE) eine neue Stahlhelm-Fraktion, mit der zwar noch der Kreistag mit Beschluß v. 3.10.1950 jegliche Verhandlungen und Gespräche ablehnte (die Reden des Repräsentanten des BHE, L. Loeffke, seien "mit Demagogie und verhetzender Agitation gespickt"); im Rat der Stadt allerdings konnte BHE und CDU gemeinsam die Tradition der Nazis aus dem Jahre 1933 aufgreifen und die Rückbenennung der Gartenstraße in Hindenburgstraße durchsetzen. Da die Zeit der antifaschistischen und antimilitaristischen Gesetzgebung der Alliierten vorbei sei, so argumentierten Bürgermeister Oskar Heideborn und Ratsherr Gerhard Prott im Rat der Stadt im Dezem-



ber 1952, könne wieder der Rückgriff auf den "Feldmarschall, Ostpreußenbefreier und größten Deutschen" gewagt werden. Die Ratsmehrheit entschied sich - wenn auch knapp - wie schon 1933 für den durch den Namen Hindenburg symbolisierten deutschen Militarismus in Erwartung auf eine erneute "Befreiung" - nicht nur Ostpreußens.

Die wechselvolle Geschichte der Namensgebung dieser Straße findet seinen Ursprung im Selbstverständnis und der politischen Zielsetzung der jeweils im Stadtrat herrschenden Kreise.

Es wird Zeit, daß dieses Problem einer demokratischen Lösung zugeführt wird.





## Lüneburg ehrt

### Hindenburg, Hitler und das Andenken Horst Wessels.

Stadtparlament tagt. — Etat verlängert — Webergahlung der Winterbeihilfe. — Die Anträge der NEDAP. Zwei Untersuchungs-Kommissionen eingesetzt. Keine Streiknamen. Schlichterbot bereits in Kraft.

Sitzung der Bürgerparitätler

1. Leber hat zu gemeinshafter Beratung zusammen. I die sie uns erschließen. in isoliert. um auch die andere:

Schon vor dem Kriege Gültigkeit erfordern  
gebühre Dank für seine schwierige Arbeit  
Vo. Dr. zu Seddeloh weist auf  
Rückgang der Benutzung der Nebenhal-  
tung von Holzjimmern in Laß über  
Vo. Schwarz meint, daß die er-  
bereits abgestellt seien. Die Bauarbeiten  
durch die notwendige Einrichtung der J-  
Magistratsrat Witte sagt, daß s  
hat aufzugeben wünsche. Die Zeichen  
terfucht. — Die Vorlage wird angenommen

## In der Umbenennung der Straßen

macht Vo. Dr. Dreßler namens der NEDAP. den Vorschlag, den Kurpark in Hindenburgpark und die Lindenstraße in Wolf-Hitler-Straße umzubenennen. Der Oberbürgermeister bemerkt, daß er sich ebenfalls schon Gedanken über eine Ehrung des Reichspräsidenten und des Reichslanzlers gemacht habe. Er habe den Gedanken ausgenommen, die beiden Brücken, die vom Bahnhof aus in die Stadt führen, mit den Bezeichnungen: „Hindenburg-Brücke“ und „Wolf-Hitler-Brücke“ zu

versehen und die Namensschilder in künstlerischer Weise dort aufzustellen.

Vo. Dr. zu Seddeloh unterstützt die Anregung des Oberbürgermeisters auf das Wärmste. Er findet die Idee der Brückenbenennung geradezu großartig, da sie auch an die alten Wahrzeichen Lüneburgs, Mions, Pons, Fons anknüpfe. Wegen die Umbenennung des Kurparks hat er praktische Bedenken, da der Kurpark doch zu eng mit dem Sol- und Moorbad verbunden sei und eben „Kur“-Park bleiben müsse. Vo. Peinemann macht sich die Worte des Vo. Dr. zu Seddeloh zu eigen. Vo. Lütchens (NEDAP.) meint, daß die Aussprache über den Antrag nur Anregungen für den Magistrat geben solle, der dann die Beschlüsse zu fassen habe. Wegen die Benennung der Brücken, führte er aus, daß in Wladenburg ebenfalls Brücken mit Namen versehen seien, daß aber die Wladenburgener selbst diese Namen kaum kannten. Er fürchte, daß das nachher in Lüneburg auch der Fall sein würde, wogegen Straßenbenennungen



nicht übersehen und übergangen werden könnten. Alrgermeister Richter ist mit dem Vorschlag, die Lindenstraße als eine der schönsten Straßen in Siller-Straße umzubenennen, einverstanden. Vv. Dr. Baustaedt teilt die Bedenken hinsichtlich des Kurparks. Dr. Dreßler meint, man solle Straßen mit indifferenten Namen, wie Lindenstraße oder auch die Gartenstraße, die ihren Namen heute zu Unrecht führe, umbenennen. Vv. Woreyki (NSDAP.) regt hierzu weiter an, den Finlenberg, der im Volksmunde Bonzenberg genannt würde, in Forst-Wessel-Berg umzubezeichnen. Der Oberbürgermeister meint, daß er die vollstümliche Bezeichnung zum ersten Male höre (Zuruf Dr. zu Jeddelloh: Ich kenne ihn nur als Hypothelenberg). Finlenberg sei aber eine katastermäßige Bezeichnung, die nicht geändert werden könne. Dagegen erklärte sich der Oberbürgermeister einverstanden, daß die Straße am Finlenberg: Forst-Wessel-Straße genannt würde. Das Weitere wird dem Magistrat überlassen.

Vv. Stahl (Kampffront) gibt in Ergänzung des Punktes Nachprüfung der Dienstverträge städtischer Angestellter die Anregung,

vor allem die Schulen von margisilschen und bewo-  
tratschen Einflüssen zu säubern.

Er erwähnt hierbei auch das Wohlfahrtsamt und verweilt besonders beim Johanneum und seinem demokratischen Schulleiter. Man könne solchen Lehrkräften die Erziehung der Jugend nicht länger anvertrauen. Der betr. Herr habe jetzt eine sehr gute vaterländische Rede gehalten, aber es zeige sich hier die große Wichtigkeit, denn ein Demokrat könne nur eine demokratische, aber keine vaterländische Rede halten. Ein Mann, der berufartig Konjunkturpolitik treibe, sei nicht würdig, Leiter

AP. den  
und die  
benennen.  
ebenfalls  
äsidenten  
habe den  
die vom  
zeichnung-  
rliche" zu  
er Weise

Anregung  
er findet  
rtig, da  
Blons,  
des Kur-  
ark doch  
sel und  
emann  
u eigen.  
sprache  
Magistrat  
en habe.  
nts, daß  
versuchen  
Namen  
lineburg  
mungen



Donnerstag, 10. April 1947

### Kurz notiert

Außer der Hindenburgstraße werden die Schließen-Straße in Abraham-Peter-Schulz-Straße, die Bülowstraße in Georg-Böhm-Straße, die Ludendorffstraße in Hans-Steffens-Weg und die Landrat-Albrecht-Straße in Wacholderweg umbenannt werden.

Die Haushaltsplan wurde sodann ohne Widerspruch angenommen.

### Better oder Totengräber?

Außer diesem Hauptpunkt der Tagesordnung wurden noch einige Punkte behandelt, die nicht ohne weiteres ausgewogen werden konnten. So kam es zu recht unterschiedlichen Auffassungen, als auf Grund einer Anordnung die Anerkennung von Straßennamen vorgeschlagen wurde. Ratsherr Dieckmann (CDU) bat um Beibehaltung des Namens Hindenburgstraße, da Hindenburg sich unvergeßliche Verdienste um das deutsche Volk erworben habe. Er sei der Befreier des Ostens. Und gerade die Flüchtlinge würden eine Abänderung dieser Straßennamen nicht verstehen. Demgegenüber bezeichnete Schwalbach (KPD) Hindenburg als einen der Totengräber der Weimarer Republik und wies

LÖNEBURGER LANDEZEITUNG (Ausgabe Lüneburg)

## Ein Bild der Ausgeglichenheit

Haushaltssatzung 1947 angenommen - Resolution gegen den Hunger

darauf hin, daß wir genügend Namen von um den Frieden verdienten Deutschen hätten, nach denen Straßennamen benannt werden sollten. Ratsherr Wallbaum (SPD) versuchte in seinen Erklärungen einen Ausgleich, als er sagte. Hindenburgs Name solle dadurch nicht angestastet werden, wenn die SPD-Fraktion für Umbenennung der Hindenburgstraße stimme. Das Urteil der Persönlichkeit Hindenburgs sollten wir der späteren Geschichte überlassen. („Das ist gefährlich!“ — war des Ratsherrn Schwalbach Zwischenruf zu dieser Auffassung.) Aber es sei notwendig, die Jugend vom militärischen Denken abzubringen. Nach diesen Argumentationen wurde die Umbenennung der Hindenburgstraße in Gartenstraße gegen 4 Stimmen, und die von weiteren 4 Straßen mit militärischen Namen einstimmig vorgenommen.

### Problematik der Gemeindeverfassung

Nicht restlos geklärt wurde die Frage, ob ein in mehrere Ausschüsse gewähltes Ratsmitglied



# Neues Arbeitsamt noch in Gips.

Schärfere SPD-Opposition im Rat? — Gartenstraße wird wieder Hindenburgstraße

Lüneburg. Trotz Lametta, blickender Kugeln und zwei großer Wehhauchblumen im beiden Seiten hinter Oberbürgermeister Graf von Koberl war die zweite Sitzung des neu gewählten Lüneburger Stadiparlamentes gestern nachmittag im Logenhaus kelternwegs durch eine vorübergehende Atmosphäre gekennzeichnet. Verschnupft über die nach ihrer Ansicht zu erwartende Bewältigung wichtiger Ausscheidung durch die Koalition der bürgerlichen Parteien mit dem BIZ kündigten die Sozialdemokraten ihre Opposition an, blies kam eine etwas pelantisch wirkende Debatte über die Rückbenennung der Gartenstraße in Hindenburgstraße, die mit einer schwarzen Mehrheit für Hindenburg abgesehen wurde. Allerdings setzen sich die Stadtväter dann satzungsgemäß zur Debatte über die Neubaute von Hauptbahnhofsamt und Hauptvollamt in den Grünanlagen Lindenstraße — Kete Straße — Kreperbahnen die von der Öffentlichkeit mit großer Spannung erwartet worden war, nach dem weihnachtlichen Motte „Morgen, Kinder wird's was geben“ vertraulich hinter verschlossene Türen zurück.

Nach Abwicklung der üblichen parlamentarischen Präliminaries begründete Bürgermeister Heideborn den ersten Antrag der BIZ-Fraktion: Rückbenennung der Gartenstraße alias Hindenburgstraße alias Gartenstraße in Hindenburgstraße. Nur auf britischen Befehl sei, so führte er aus, der Name des Feldmarschalls, Ostpreußenbefehlern und Reichspräsidenten nach dem Zusammenbruch von den Straßenschildern entfernt worden. Die Zeit sei gegeben, der Straße wieder Hindenburgs Namen zu geben, der schließlich nicht nur einer der größten Deutschen gewesen sei, sondern auch Ehrenbürger Lüneburgs.

Gegen den Antrag sprach sich Marquardt im Namen der SPD aus. Er wies darauf hin, daß die erste Umbenennung der Gartenstraße in Hindenburgstraße nach 1899 erfolgt sei, da die

SPD in den Jahren nach dem 1. Weltkrieg in Lüneburg von der Möglichkeit der Umbenennung von Straßen als regierende Partei keinen Gebrauch gemacht habe. Marquardt sprach dem neuen Bürgermeister Lüneburgs einen „Propheten“, der erst kürzlich den Helmsberg vertrieben von Kirchgellersen die Rückkehr in ihre Heimat im Laufe der nächsten zwei Jahre verheißen habe. Unter diesen Umständen sei die SPD bereit, falls sich die Vorschläge erfüllen, die Gartenstraße in Bürgermeister-Heideborn-Straße umzubenennen.

Die Abstimmung ergab, daß 16 Abgeordnete für den BIZ-Antrag stimmten und 13 dagegen, darunter auch die Ratsherren Riege und Meyer (DP) sowie Evers und Dr. Huys (CDU).

Die übrige Tagesordnung der öffentlichen Sitzung stand im Zeichen der Besetzung verschiedener Ausschüsse. Dabei schloß Hillmer



# Hindenburg - eine preußisch-deutsche Militaristenkarriere

- 1847 Paul von Beneckendorff und von Hindenburg wird als Sohn einer altpreußischen Adelsfamilie in Posen geboren.
- 1866 Hindenburg absolviert die Hauptkadettenanstalt und zieht als Secondelieutenant in den preußisch-österreichischen Krieg.
- 1870/71 Hindenburg nimmt am deutsch-französischen Krieg teil.
- 1872 Hindenburg wird Oberleutnant
- 1877 Hindenburg wird zum Hauptmann befördert
- 1881 Hindenburg wird Generalstabsoffizier der in Königsberg liegenden 1. Preußischen Division.
- 1884 Hindenburg übernimmt eine Kompanie des Infanterieregiments 58
- 1885 Major Hindenburg wird führender Militarist im Großen Generalstab in Berlin, wird Generalstabsoffizier des III. Armeekorps.
- 1888 Hindenburg wird Chef der Abteilung A2 (Fußtruppen) im Allgemeinen Kriegsdepartment.
- 1891 Hindenburg wird Oberstleutnant
- 1893 Hindenburg übernimmt in Oldenburg das Kommando des Infanterieregiments 91
- 1894 Hindenburg wird Oberst
- 1896 Hindenburg wird zum Generalstabschef im VIII. Armeekorps in Koblenz ernannt.
- 1897 Hindenburg wird Generalmajor
- 1900 Hindenburg wird Generalleutnant und Kommandeur der 28. Division in Karlsruhe.
- 1903 Hindenburg wird als General Kommandeur des IV. Armeekorps.
- 1911 Hindenburg läßt sich in den Ruhestand versetzen, denn "Krieg steht nicht in Aussicht". Eine seiner letzten Amtshandlungen bestand in der Anweisung an die zivilen Behörden seines Generalkommandos, Listen von Kriegsgenern anzulegen, die im Kriegsfall vorsorglich verhaftet werden sollten.
- 1914 Mit Beginn des I. imperialistischen Weltkrieges kehrt Hindenburg in den aktiven Militärdienst zurück. Mit Ludendorff als Stabschef befehligt er die 8. Armee, die bei Tannenberg (Ostpreußen) einen Sieg über die dortigen zaristischen Truppen erringt. Diese "Schlacht" hatte zwar militaristisch keinerlei größere Auswirkungen, wurde aber von der kaiserlich-deutschen chauvinistischen Propaganda als Beweis für die "Unbesiegbarkeit des deutschen Heeres" dargestellt. Je länger der Krieg andauerte, der als "Spaziergang

**Generalkommando**  
IV. Armeekorps  
Sect. I. b. No. 457 Personalchef

Prinz, 4. 3. 11.  
Hindenburg, d. 3. 3. 1911.  
Prinz gipstein!

In der Nähe der vorherstehenden Bestimmungen für das Eingreifen des Militärs in Fall innerer Unruhen ist auch die Aufstellung von Listen der Personen vorgesehen, die sofort nach der Erklärung des Kriegs- (Belagerungs-) Zustandes zu verhaften sind. Bisher sind mit geringen Ausnahmen solche Listen nur für die Orte bereitgehalten worden, die gleichzeitig Truppenstandorte sind. Die meisten von den Civilbehörden auf dem Laufenden erhalten und von den Garnison-Kommandos aufbewahrt.

Es erscheint indessen erwünscht, die geschilderte Massnahme auf das gesamte Staatsgebiet auszuweiten, damit die Truppenbefehlshaber in der Lage sind, auch bei einem Eingreifen ausserhalb der Standorte schnell handeln zu können. Ich habe daher mit dem Oberpräsidenten der Provinz Sachsen die Vereinbarung getroffen, dass von 1. Oct. dieses Jahres ab entsprechende Listen für die ganze Provinz aufgestellt werden. Diese Listen sollen lauten:

A. Für die Truppenstandorte, wie bisher, bei den Garnison-Kommandos;

B. Für die übrigen Orte bei den Landräten (sofern 290000 in Frage kommen, die selbständige Stadträte bilden, bei den Oberbürgermeistern oder Ersten Bürgermeistern);

Inden Ihrer Exzellenz ich von Vorstehendem Kenntnis gebe, bitte ich ergebenst um Mitteilung, ob auch mit entsprechenden Vorkehrungen im Herzogtum Sachsen-Altenburg gesorgt werden darf, sowie von welchem Zeitpunkt ab dies der Fall sein würde.

Der Kommandierende General: A

von Hindenburg.

Streng geheimes Schreiben des kommandierenden Generals des IV. Armeekorps vom 3. März 1911 an den Staatsminister des Herzogtums Sachsen-Altenburg v. Borries, mit der Aufforderung, vorsorgliche Maßnahmen für die Verhaftung von Kriegsgenern zu treffen



nach Paris von August bis Weihnachten 1914" begonnen wurde, desto dringender brauchte die Kriegspropaganda den Rückgriff auf den "Sieg von Tannenberg". Hindenburg wurde so zur Symbolfigur des erfolgreichen Militarismus. Hindenburg wird Generalfeldmarschall.

1916

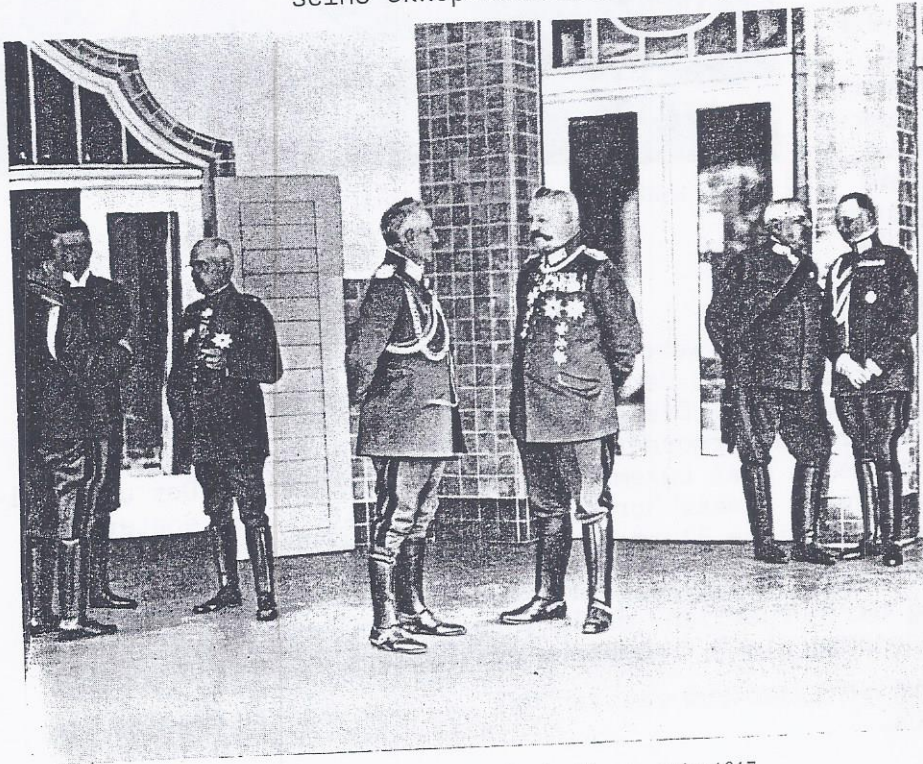
Hindenburg und Ludendorff treten mit diktatorischen Vollmachten an die Spitze der Obersten Heeresleitung und verwandeln Deutschland in ein Militärzuchthaus.



Hindenburg nimmt eine Parade ab

1917

Kriegsziele im Osten: Ludendorff: " Ein Frieden, der nur den status quo gewährleistet, würde bedeuten, daß wir den Krieg verlore hätten. Im Osten hat ein solcher Frieden nie zur Diskussion gestanden." Im Einklang mit einer auf das Baltikum abzielenden Erklärung des "Alldeutschen Verbandes", die "...entschieden davor warnt, bei etwaigen Verhandlungen das Selbstbestimmungsrecht der Völker anzuerkennen," erläutert Hindenburg seine Okkupationsabsichten gegenüber der Sowjetunion: " Wir brauchen Litauen zur Sicherung unserer Grenzen. Es muß fest an uns gekettet werden. Kein selbständiger Staat, sondern Personalunion mit Preußen. Kurland dito...Der Besitz von Estland (ist) militärisch erwünscht...Ich will für den nächsten Krieg gegen Rußland den Raum für die Bewegungen des deutschen linken Flügels sichern."



Hindenburg im Gespräch mit Wilhelm II. im Großen Hauptquartier 1917

"Große Schlacht von Frankreich": Zwischen dem 21.3. und dem 5.4. läßt Hindenburg eine Großoffensive durchführen. Ergebnis: Ca. 400.000 Tote und Verwundete. Eine zweite Offensive am 9.4. brachte ca. 100.000 Tote. Drei weitere Offensiven ( Ende Mai bis Mitte Juni) endete ebenfalls für die deutschen Militaristen erfolglos, für die deutschen und französischen



1918

Soldaten mit einem Blutbad.

Nach der Großoffensive der Entente (8.8.) fordert Hindenburg als Gegengewicht zu den 260.000 US-Soldaten, die monatlich an der Westfront eintrafen, die 268.000 deutschen achtzehnjährigen des Jahrgangs 1900 einzuziehen und auf den Schlachtfeldern zu opfern.

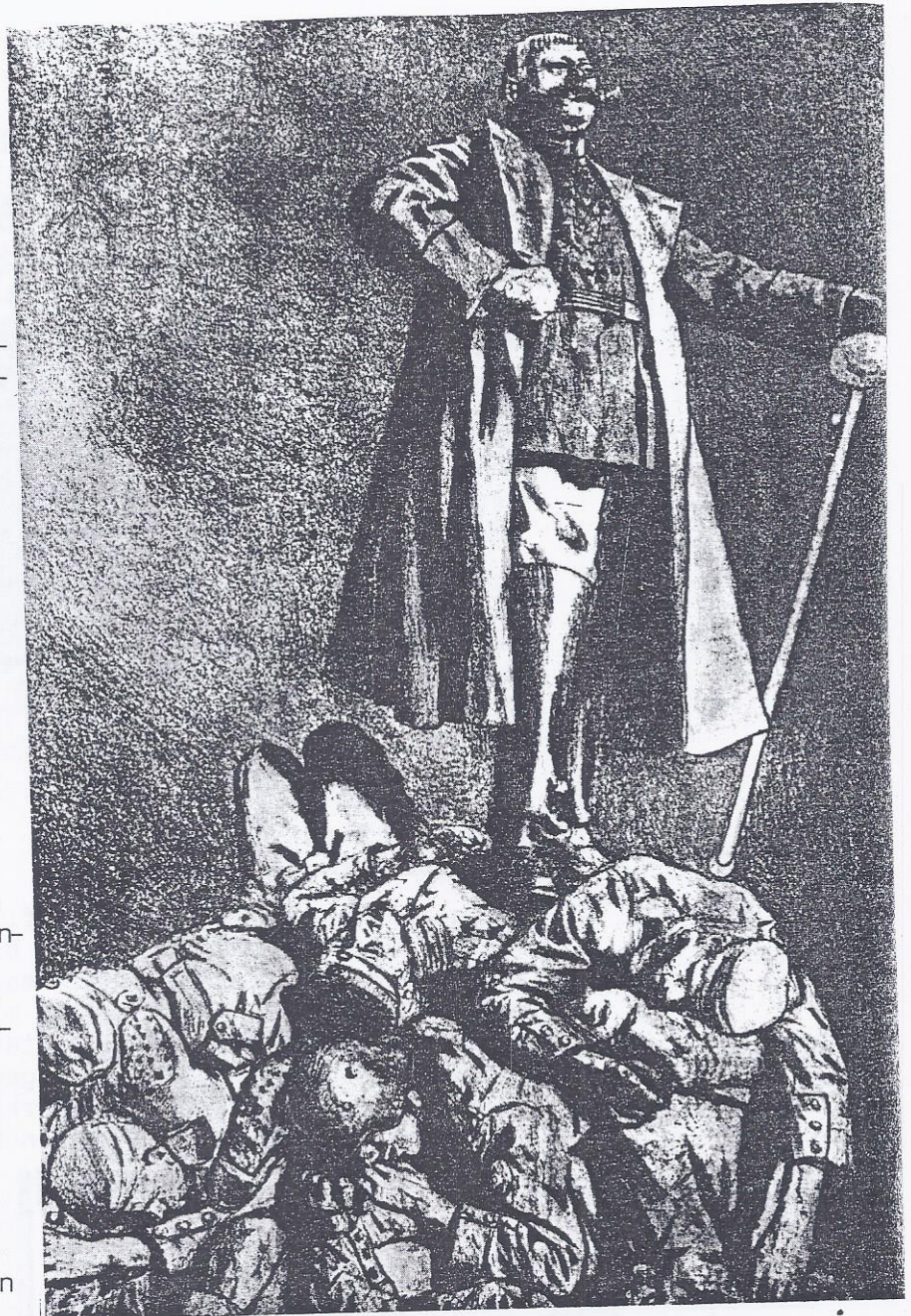
Heeresleitung unter Hindenburg und Groener maßgeblich an der blutigen Niederwerfung der Novemberrevolution beteiligt. Hindenburg ordnet die Bildung von Bürgerkriegs-Heeresgruppen an und verspricht deren Rückführung nach Deutschland mit dem Ziel, "unter Leitung des Kriegsministeriums die Operationsgebiete planmäßig durchzuführen." Dieser Plan mußte aber im Januar 1919

1919

endgültig aufgegeben werden. Hindenburg orientierte sich jetzt auf den raschen Aufbau der sich formierenden weißgardistischen Freiwilligenverbände. Diese machten Berlin zum Schlachtfeld. Am 15. Januar 1919 ermordeten Offiziere der Garde-Kavallerie-Schützendivision Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Der unmittelbare Organisator dieser Morde, Waldemar Pabst, wurde später von Hindenburg für diese Bluttat zum Major befördert.

Nach der Flucht von Kaiser Wilhelm II nach Holland und der Ausrufung der bürgerlich-parlamentarischen Republik betrachtet sich Hindenburg als "Treuhand des Kaisers".

Hindenburg scheidet zum zweiten Mal aus dem aktiven Militärdienst aus.



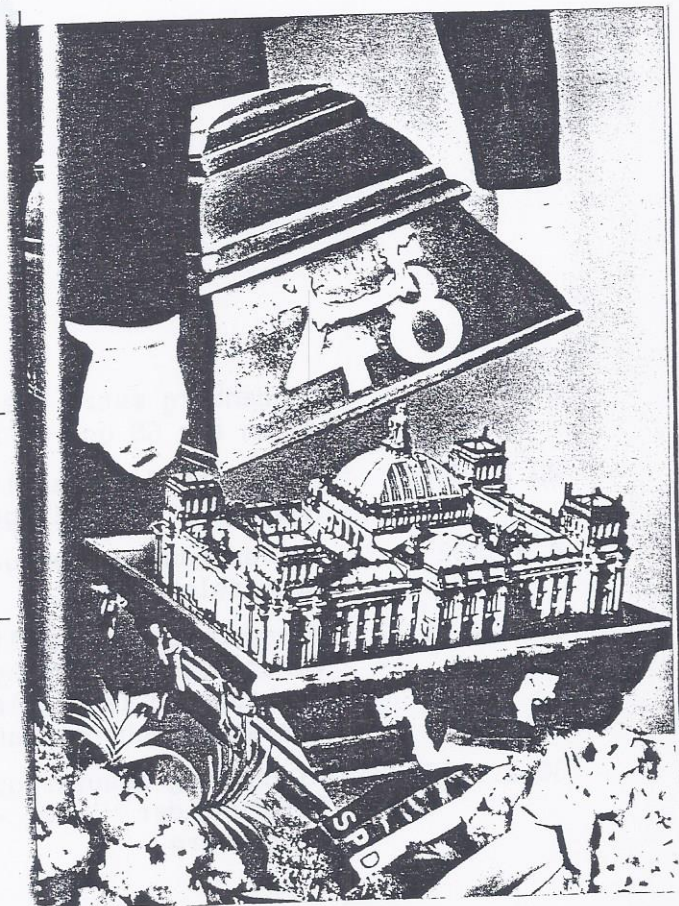
Karikatur aus dem ersten Weltkrieg



# Hindenburg - vom „Kandidaten der Republikgegner“ zum Wegbereiter des Faschismus

Wahlplakat 1925

- März 1925 Hindenburg wird als Kandidat der "Republikfeinde" im zweiten Wahlgang zum Reichspräsidenten gewählt.
- Mai 1926 Hindenburg erläßt eine neue Flaggenordnung. Neben der Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold dürfen jetzt die Auslandskonsulate die "Kaiserflagge" Schwarz-Weiß-Rot hissen.
- 1930-32 Das Kabinett Brüning (Zentrum) regiert, von Hindenburg unterstützt, mit Hilfe des Art. 48 (Notverordnungen des Reichspräsidenten) der Weimarer Verfassung. Ausschaltung des Parlaments.
- 1.1.1932 Notverordnung: Lohnkürzungen, Kürzungen der Invaliden- und Unfallrenten
- Anfang 32 Wahlkampf für die Wahl des Reichspräsidenten.  
12.1.: KPD-Losung: "Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler! Wer Hitler wählt, wählt den Krieg!"  
27.2.: Aufruf der SPD zur Wahl Hindenburgs. Losung: "Schlagt Hitler, wählt Hindenburg!"
- 10.4.1932 Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten im zweiten Wahlgang
- 21.4.1932 Hindenburg lehnt ein Gnadengesuch für Carl von Ossietzky ab. (Ossietzky tritt am 10.5.33 die Haftstrafe "wegen Landesverrats" an, wird am 22.12. aufgrund der Weihnachtamnestie entlassen, am 28.2.1933 erneut verhaftet, in verschiedenen KZ interniert und stirbt am 4.5.38 an den Folgen der KZ-Haft.)
- 30.5.1932 Rücktritt Brünings als Reichskanzler, u.a. auf Betreiben von Hindenburg
- 14.6.1932 Notverordnung, die u.a. die Aufhebung des SA- und SS-Verbots beinhaltet.  
Notverordnung: Senkung der Sozialleistungen (Kürzung der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung)



Parodie von John Heartfield: Der Reichstag wird eingesargt



# Mehr Macht dem Reichspräsidenten!



Weg mit der  
Alleinherrschaft  
der Parlamente (Artikel 54)  
Wählt Deutschnational

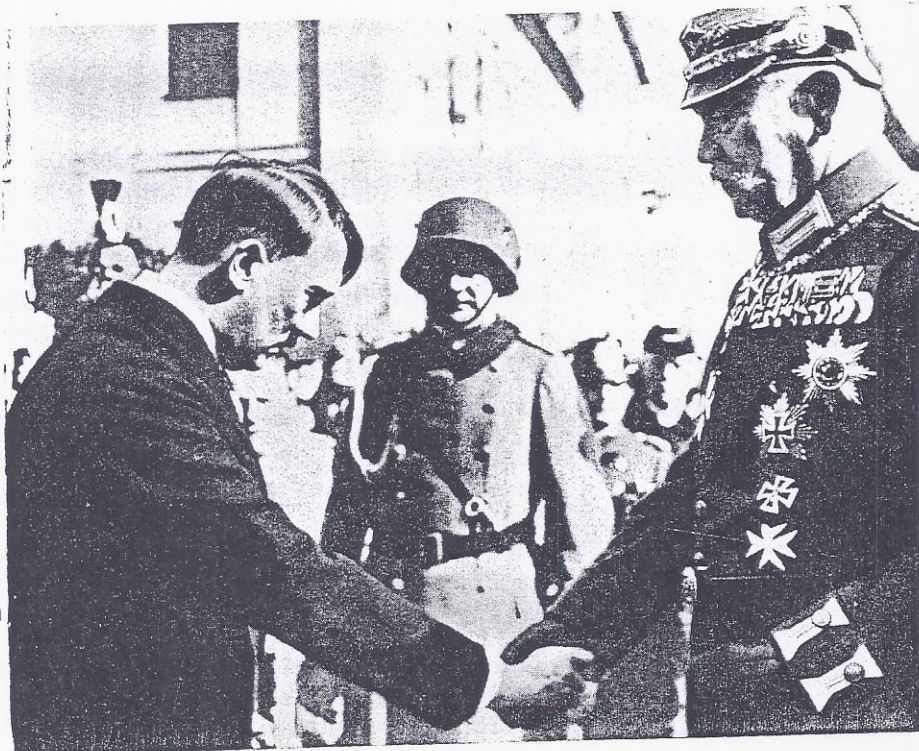


- 28.6.1932 Hindenburg setzt die Uniform- und Demonstrationsverbote gegen die SS und SA in einigen Ländern außer Kraft
- 20.7.1932 Absetzung der sozialdemokratisch geführten Preußischen Regierung mit Billigung Hindenburgs
- 4.9.1932 Notverordnung: Senkung der Sozialleistungen, Senkung des Arbeitslohns
- 18.-24.11.32 Hindenburg verhandelt mit Parteiführern über die Bildung einer Reichsregierung. Hitler fordert diktatorische Vollmachten und lehnt die Bildung einer Regierung mit parlamentarischer Mehrheit ab
- 30.1.1933 Hindenburg beauftragt Hitler mit der Regierungsbildung. Berufung der Hitler - Hugenberg - Papen -Regierung durch Hindenburg.



# Aufbau und Festigung des faschistischen Machtapparats unter Hindenburgs Präsidentschaft und Beihilfe

- 30.1.1933 Hindenburg beauftragt Hitler mit der Regierungsbildung
- 1.2.1933 Hindenburg löst den Reichstag auf und setzt Neuwahlen fest.
- 2.2.1933 Demonstrationsverbot für die Opposition
- 4.2.1933 Notverordnung Hindenburgs " Zum Schutz des deutschen Volkes ",  
drastische Einschränkungen der Versammlungs-, Rede- und Presse-  
freiheit für die antifaschistische Opposition
- 8.2.1933 Beschluß über die Vorrangigkeit der Bedürfnisse der Reichs-  
wehr vor denen für zivile Maßnahmen bei der Vergabe von  
öffentlichen Mitteln.
- 12.2.1933 Blutsonntag von Eisleben: 500 SA- Leute richten auf einer  
Versammlung der Roten Hilfe ein Blutbad an.
- 17.2.1933 "Schießerlaß Görings": Bei Zusammenstößen dürfen die Staats-  
organe mit der Schußwaffe gegen Antifaschisten vorgehen.
- 24.2.1933 SA, SS und Stahlhelm werden "Hilfspolizei"
- 27.2.1933 Reichstagsbrand wird als Vorwand für eine Terrorwelle gegen  
Nazi- Gegner benutzt
- 28.2.1933 Hindenburg erläßt die Notverordnung " Zum Schutz von Volk  
und Staat ": Aufhebung der Grundrechte der Weimarer Verfassung,  
verschärfte Strafbestimmungen, Einführung der Schutzhaft
- 7.3.1933 Verbot der sozialdemokratischen "Reichsbanner" und "Eiserne  
Front"
- 9.3.1933 Regierung erklärt die Reichstagsmandate der KPD für ungültig.  
Haftbefehle gegen alle kommunistischen Abgeordneten. NSDAP erhält  
so die abso-  
lute Mehrheit  
Reichstag. Kein  
Protest der  
bürgerlichen  
Parteien.
- 12.3.1933 Hindenburg er-  
klärt die  
Schwarz-Weiß-  
Rote und die  
Hakenkreuzfahne  
anstelle der  
Schwarz-Rot-  
Goldenen zu  
offiziellen  
Reichsfarben.
- 20.3.1933 Errichtung des  
KZ- Dachau. 1933  
werden ca.  
150.000 Menschen  
verschleppt.
- 21.3.1933 " Tag von  
Potsdam "



Hindenburg und Hitler am „Tag von Potsdam“ (21. März 1933) vor der Garnisonskirche





- 24.3.1933 Reichstag beschließt das "Gesetz zur Behebung der Not in Volk und Staat" gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, die durch Verhaftungen bereits dezimiert wurde. Die Hitler-Regierung wird nun ermächtigt, Gesetze ohne den Reichstag zu erlassen.
- 31.3.1933 Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich wird erlassen: Umbildung der Länderparlamente entsprechend der Reichstagsmehrheit.
- 1.4.1933 Boykott aller jüdischen Geschäfte durch die SA
- 7.4.1933 "Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums", Entlassung von "politisch unzuverlässigen" und "nicht-arischen" Beamten.  
Unternehmer erhalten gesetzliche Möglichkeit, Arbeiter und Angestellte bei "Verdacht staatsfeindlicher Tätigkeit" zu entlassen.
- 25.4.1933 "Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen", Einschränkung der Schul- und Hochschulbesuchs für jüdische Bürger.



- 26.4.1933 Errichtung der "Geheimen Staatspolizei"(Gestapo) in Berlin
- 28.4.1933 Wiedereinführung der 1928 abgeschafften Militärgerichtsbarkeit
- 1.5.1933 " Tag der nationalen Arbeit "
- 2.5.1933 Zerschlagung der Gewerkschaften und ihrer Hilfsorganisationen (Arbeiterwohlfahrt, Konsumvereine, Arbeiterturn- und bildungsvereine u.a.)
- 10.5.1933 Bücherverbrennungen durch die SA und andere Nazis. Allein in Berlin werden 500 t Bücher "von Marx bis Tucholsky" beschlagnahmt.
- 16.5.1933 Gründung der "Deutschen Arbeitsfront" (DAF) als Nazi-Zwangsorganisation für Arbeiter und Angestellte.
- 22.5.1933 Verbot der SPD
- 1.6.1933 "Gesetz zur Verhinderung der Arbeitslosigkeit":Arbeitsbeschaffungsprogramm aufkosten der Arbeiter und Angestellten zugunsten der Unternehmer.
- 21.6.1933 Köpenicker Blutwoche: 91 Opfer des SA- Terrors
- 27.6.1933 Selbstauflösung der übrigen Parteien außer der NSDAP.
- 14.7.1933 "Gesetz gegen die Neubildung von Parteien", "Gesetz zur Verhinderung erbkranken Nachwuchses" (Erbgesundheitsgerichte, Zwangssterilisationen).
- 1.8.1933 Erste Todesurteile der faschistischen Justiz ( gegen 4 Kommunisten) vollstreckt. Bis Ende 1933 lassen die Nazis auf diese Weise 66 Antifaschisten umbringen.
- Einrichtung der "Nationalpolitischen Erziehungsanstalten" (Napola) zur Züchtung faschistischer Herrremenschen.
- 22.9.1933 "Reichskulturkammergesetz":Unterordnung von Kunst, Presse, Rundfunk unter das faschistische System.
- 29.9.1933 "Reichserbhofgesetz"
- 1.12.1933 "Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat"
- 20.1.1934 "Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit", Errichtung des Führerprinzips in den Betrieben zugunsten der Unternehmer
- 30.1.1934 Gesetz über die Neuordnung des Reichs, Auflösung der Länder und zentralistische Machtentfaltung der Faschisten.
- 16.2.1934 Einrichtung der Filmprüfstelle in Berlin
- 20.2.1934 Das Hakenkreuz wird zum Abzeichen an den Uniformen der Reichswehr
- 16.4.1934 Errichtung der Prüfstelle für "nationalsozialistisches Schrifttum"

Wahlplakat im November 1933



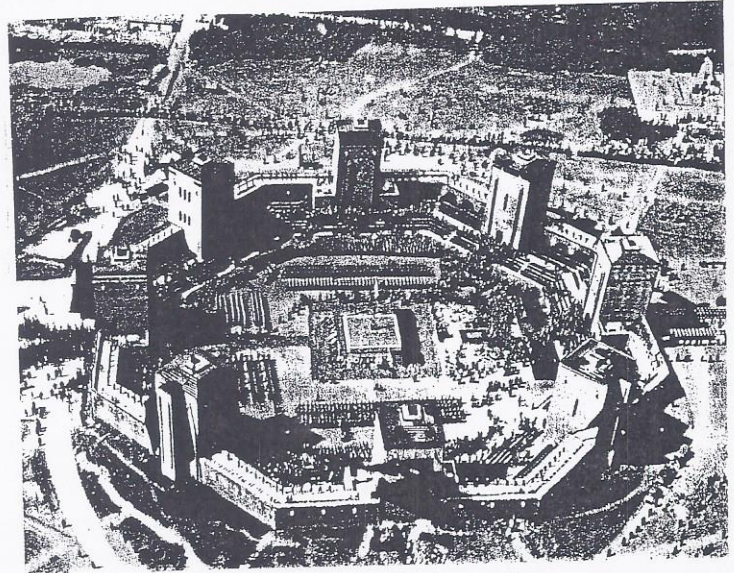


- 24.4.1934 Einrichtung des faschistischen "Volksgerichtshofes"
- 31.5.1934 Befehl zum Schießen für Polizei und Hilfspolizei (SA und SS) auf antifaschistische Flugblattverteiler und Plakatkleber
- 20.7.1934 Die SS wird selbständige Organisation
- 2.8.1934 Nachdem sich unter Hindenburgs Präsidentschaft der faschistische Macht- und Terrorapparat festigen konnte, stirbt Hindenburg; Hitler wird auch "Staatsoberhaupt".



**Faschismus  
ist keine  
Meinung,  
sondern ein  
Verbrechen!**

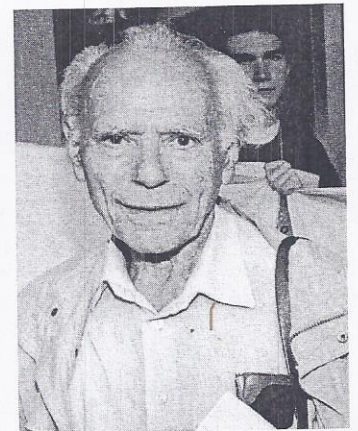
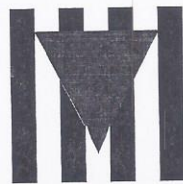
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-  
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten   
Rolandstr. 16, 30161 Hannover, <http://www.vvn-bda.de>



Beisetzung Hindenburgs im Denkmal von Taunenberg

**Mach mit bei der**  
**VVN - Bund**  
**der Antifaschistinnen**  
**und Antifaschisten!**

Die VVN-BdA beschäftigt sich in vielfältiger Weise und verschiedenen Formen von Aktivitäten (Vorstellungen, Veröffentlichungen, Ausstellungen) mit Erscheinungen, Ursachen und Inhalten von Neofaschismus, Rechtsextremismus, Rassismus und Krieg. Sie will über Vergangenheit und Gegenwart informieren - und möglichst viele Menschen veranlassen, gegen Neofaschismus und Rassismus aufzutreten. Die VVN-BdA sucht den Kontakt und das Gespräch mit jedem Interessierten. Sie arbeitet in vielen Bündnissen mit.



Esther Bejarano (links) überlebte das Vernichtungslager Auschwitz. Peter Gingold kämpfte in der französischen Résistance gegen die Nazis. Beide gemeinsam appellierten am 50. Jahrestag der VVN-Gründung an die heutigen Jugendlichen:

**“ Wir hoffen auf Euch, auf eine Jugend, die das alles nicht stillschweigend hinnehmen wird! Wir bauen auf eine Jugend, die sich zu wehren weiß, die nicht kapituliert, die sich nicht dem Zeitgeist anpaßt, die ihm zu trotzen versteht, und deren Gerechtigkeitsempfinden nicht verlorengegangen ist. Wir setzen auf eine Jugend, höllisch wachsam gegen alles, was**

**wieder zu einer ähnlich braunen Barbarei führen könnte; eine Jugend, die nicht wegsieht, wo Unrecht geschieht, wo Menschenrechte verletzt werden; eine Jugend, die sich in die Tradition des antifaschistischen Widerstandes zu stellen vermag, eine Jugend, die diese Tradition aufnimmt und auf ihre eigene Art und Weise weiterführt. “**